



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

JULI/AUGUST 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

Seitdem sich das schwarz-gelbe Regierungschicksal entfaltet hat, blicken die Menschen mit größerer Sorge auf die Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Das zeigt die aktuelle »Zufriedenheitsstudie«. Das schlechte Krisenmanagement während der Euro-Krise, das monatelange Hin und Her um die Einführung der Kopfpauschale und die geplante Verlängerung der AKW-Laufzeiten verunsichern die Menschen. Hier in Niedersachsen ist das auch ein Ergebnis der Passivität der CDU/FDP-Landesregierung in den vergangenen Monaten. In der Schulpolitik, bei der Wirtschaftsförderung, beim JadeWeserPort: Die Landesregierung hat die notwendige Arbeit verweigert. Es ist nur natürlich, dass die Sorgen wachsen, wenn die Aktivität der politisch Verantwortlichen sinkt. Ich bin allerdings beeindruckt von der Zuversicht der Niedersachsen in Bezug auf ihr eigenes Lebensglück. Die Menschen hier kennen ihre persönlichen Potenziale und die großen Chancen des Landes. Sie haben gelernt, dass Schwarz-Gelb nichts für sie tut und verlassen sich deshalb auf die eigenen Stärken. Diese Lebenseinstellung verdient Respekt. Sie macht aber auch deutlich, dass das Vertrauen in die politische Gestaltungssphäre immer stärker leidet. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, das wieder zu ändern.

Euer


Olaf Lies
Landesvorsitzender

ERSPAREN WIR UNS DIESES SPARPROGRAMM

Die SPD kämpft für eine neue soziale Ordnung mit einem fairen Lastenausgleich

Von Gabriele Lösekrug-Möller



Der Riss durch die Gesellschaft wird immer größer.

Fotos: shutterstock

Der überkommene Leitsatz »Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not« sagt nichts aus über die Zeit, in der gespart werden soll. Dass Krisenzeiten zur Vorsorge für künftige Notzeiten geeignet sind, darf bezweifelt werden. Selbstverständlich sind aber auch in Krisenzeiten intelligente Sparbestrebungen überlegenswert.

Wer sich das so genannte Sparpaket der Bundesregierung allerdings ansieht, muss feststellen, dass vor allem in Bereichen gespart werden soll, die für die zukünftige Entwicklung unseres Landes wesentlich sind. Gespart, oder besser, eingespart werden soll bei Familien, Kindern und Jugendlichen, bei Armen, Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

Es handelt sich also um ein Kürzpaket, denn kürzen ist noch nicht sparen. Dem Paket fehlt der nachhaltige Aspekt, der uns aus Krisen lernen lässt und Investitionen in langfristige Entwicklungen umlenkt.

Die Sparflammen-Küchenmeisterin heißt Ursula von der Leyen, denn allein in ihrem Einflussbereich sollen 30 der 80

Milliarden Euro eingespart haben, die sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat. Das Zukunftsverständnis dieser Regierung besteht vor allem darin, die Probleme in die Zukunft zu verschieben.

So bewirkt die Streichung des Zuschusses bei der Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger nur eines: mehr künftige Altersarmut. Die Abschaffung der Rente nach Mindestentgeltpunkten bedeutet, dass aus den Niedrigverdienern von heute die Grundsicherungsempfänger von morgen werden.

Hartz-IV-Empfänger sind nach den Vorstellungen der Bundesregierung eine Gruppe mit erhöhtem Sparpotenzial. Die müssen künftig mit ihrer Sparleistung das Elterngeld für Millionärgattinnen finanzieren. Damit sind sie dann Eltern 2. Klasse. Geringverdiener müssen nach den Plänen des Hauses von der Leyen in Zukunft auf den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld verzichten. Das senkt die Einkommen und damit auch die Kaufkraft.

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1-4)



Gabriele Lösekrug-Möller
MdB

Fortsetzung von Seite 2
Konjunkturfördernd ist das nicht!

Das pauschale Einfrieren der Eingliederungsmittel auf dem Niveau von 2006 schreddert die aktive Arbeitsmarktpolitik und wird zu höherer Arbeitslosigkeit führen. Die für den Bereich der Bundesagentur für Arbeit beschlossenen Einsparungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro könnte die Verkürzung der Bezugszeit des Kurzarbeitergeldes mit sich führen oder die Umwandlung von Pflichtleistungen der BA in Ermessensleistungen. Das beträfe das Altersteilzeitgeld oder berufliche Reha-Maßnahmen.

Den sehr konkreten 30 Milliarden Euro, die bei Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gekürzt werden soll, stehen knapp 20 Milliarden Euro gegenüber, die Unternehmen zur Haushaltssanierung beisteuern sollen. So über die Brennelementesteuer, die Luftverkehrsabgabe und eine Bankenabgabe. Die Rahmenbedingungen zur Erhebung dieser Beteiligungen

am »Sparpaket« sind völlig ungeklärt und verharren im Status reiner Absichtserklärungen. Reiche Erben, Vermögende und Großverdiener werden zu 0% an der Sanierung der Staatsfinanzen beteiligt. Weder eine Reform der Erbschaftssteuer noch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Einführung einer Vermögenssteuer sind Optionen für die Bundesregierung. Auch der unsägliche verminderte Mehrwertsteuersatz für Hoteliers ist nicht zurückgenommen worden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt nach dem umgekehrten Robin-Hood-Prinzip: Sie nimmt den Schwachen und gibt den Starken. Nachdem Erben und Hoteliers gut bedient wurden, müssen Arbeitslose und Familien jetzt die Gegenfinanzierung übernehmen. Das ist menschlich armselig und politisch verheerend, weil es den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.

Angesichts dieser Ungerechtigkeiten kämpft die SPD für eine neue soziale Ord-

nung mit einem neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien. Was wir brauchen ist ein Pakt des Zusammenhalts, der vor allem das Finanz-Kapital als Verursacher der Krise nicht aus der Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft entlässt. Die von der Bundesregierung ins Auge gefasste Bankenabgabe in Höhe von 2 Milliarden Euro ab 2012 sind da eine klassische Luftbuchung, denn die Regierung verschweigt, woher diese Mehreinnahmen kommen sollen.

Eine angemessene Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Krisenbewältigung sieht anders aus. Mit einer Finanztransaktionssteuer könnten jährliche Einnahmen von 10 bis 20 Milliarden Euro erzielt werden. Das wäre ein Lastenausgleich, der den Namen verdient. In der vorliegenden Form ist das groß aufgeblasene Sparpaket ein Soufflé, das beim Anblick der Realität jämmerlich in sich zusammenfällt. ■

AWO IN NIEDERSACHSEN: »STÄRKUNG DER FREIWILLIGENDIENSTE SCHNELL UMSETZEN«

»So sprunghaft und kurzfristig, wie die Regierung jetzt das Ende von Wehr- und Zivildienst diskutiert, ist ein großes Chaos für die jungen Leute und für die Verbände zu befürchten«, kritisiert Jochen Flitta, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e.V. »Doch mittelfristig steckt auch eine große Chance darin: Die Stärkung der Freiwilligendienste, um das soziale Engagement und auch die Berufsorientierung für junge Menschen zu fördern«, ergänzt sein Kollege aus dem AWO Bezirksverband Braunschweig, Rifat Fersahoglu-Weber.

Tatsache ist: Ein Zivi, der am 1. August seinen Dienst antreten wird, hat einen Einberufungsbescheid für 9 Monate. Er weiß aber aus der Zeitung, dass er nur noch 6 Monate Dienst haben wird und dann eine freiwillige Verlängerungsmöglichkeit. Zugleich liest er jetzt aber, dass der Dienst vielleicht ganz abgeschafft wird – »Wie soll man da eine Entscheidung treffen über Ausbildung, Studium oder Arbeitsplatzsuche?«, bemängelt Thomas Elsner, Bezirksgeschäftsführer in Weser-Ems, den andauernden Hickhack um Verkürzung, Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht und die damit verbundenen Unsicherheiten über die Zukunft des Zivildienstes.

»Die jungen Männer brauchen endlich Klarheit! Und die Zivildienst-Träger und Verbände brauchen ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Umbau vom Pflicht- zu den Freiwilligendiensten«, betont die AWO. Intern müssen die Wohl-

fahrtsverbände und ihre Einrichtungen, die Zivis einen Platz bieten, umorganisieren und neu strukturieren. »Das geht nur, wenn die Bundesregierung ihre Zusage, die Freiwilligendienste zu stärken, schnellstmöglich einlöst.«

Für die angestrebte Stärkung und den Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahrs ist eine finanzielle Umschichtung und bessere Unterstützung nötig - nicht zuletzt auch für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit, um den jungen Leuten zu zeigen, wie attraktiv ein soziales Bildungs- und Orientierungsjahr ist. »Soziales Engagement, gerade auch in jungen Jahren, ist eine Grundlage für eine sozi-

ale Gesellschaft«, unterstreicht die AWO in Niedersachsen. »Gemeinsam wollen und müssen wir den jungen Menschen vermitteln: Es ist attraktiv sich für soziale Belange einzusetzen! Man lernt viel für sich und andere. Und nicht zuletzt: Es ist ein zukunftsträchtiges Berufsfeld mit vielen Perspektiven.«

Allerdings braucht der Umbau Zeit. In der Zwischenzeit würden zweifellos einige der Tätigkeiten, die Zivildienstleistungen zusätzlich erbringen, wegfallen. »Hier erwarten wir im Rahmen des Prüfauftrags das Angebot von Übergangslösungen«, unterstreichen die drei niedersächsischen AWO Bezirksverbände. ■

»**Soziales Engagement gerade auch in jungen Jahren ist eine Grundlage für eine soziale Gesellschaft.**«

AUGEN AUF! – AWO FOTOWETTBEWERB »ARM IN EINER REICHEN GESELLSCHAFT«



Armut in Deutschland hat viele Gesichter – denn jeder achte Bürger in unserem Land ist direkt oder indirekt von Armut betroffen. Auf diese Tatsache und ihre Folgen möchte die AWO den Blick richten, und zwar sprichwörtlich: Der AWO Fotowettbewerb »Arm in einer reichen Gesellschaft« ruft Profis wie ambitionierte Hobbyfotografen und junge Talente auf, ihren Blick für die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land zu schärfen und sich kritisch und kreativ mit die-

sem Thema auseinanderzusetzen. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Wahrnehmung und das öffentliche Bewusstsein für die Ursachen und Folgen der Armut zu fördern – also Augen auf und mitgemacht!

Der Wettbewerb findet im Rahmen des »Europäischen Jahrs gegen Armut und soziale Ausgrenzung« und mit Unterstützung des Deutschen Verbandes für Fotografie statt. Es winken tolle Preise, die prominent auf der Messe »photokina« verliehen werden. Einsendeschluss ist der 15. August.

Anmelden, mitmachen, gewinnen! Alle Infos unter: AWO-Fotowettbewerb.org

DER BETRIEBSFRIEDEN NIMMT GROSSEN SCHADEN

Mit dem bundesgerichtlich beendeten Grundsatz der Tarifeinheit wird Tarif-Wildwuchs in den Betrieben ermöglicht.

Von Gerd Will



Die Tarifeinheit ist unverzichtbar

Foto: Lopo

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt hat die Rechtssprechung zur Tarifeinheit geändert. Danach können jetzt mehrere Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften nebeneinander gelten. Bisher galt nach dem Organisationsprinzip deutscher Gewerkschaften „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ auch eine einheitliche Tarifbindung.

Angesichts der starken Stellung der DGB-Gewerkschaften gab es in der Vergangenheit kaum Überschneidungen durch mehrere Tarifverträge. War ein Tarifvertrag einmal ausgehandelt, fand er auch Anwendung auf alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Betriebes, die unter diesen Tarifvertrag fallen.

Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Fälle mit »konkurrierenden« Tarifverträgen allerdings zu. Das führte zu der Frage, ob in einem Betrieb nicht doch Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften gelten können?

Zur Überschneidung zweier Tarifverträge (Tarifkonkurrenz) kann es kommen, wenn die zuständige Gewerkschaft beispielsweise neben einem Flächentarifvertrag einen Firmentarifvertrag abgeschlossen hat. Dann gilt der Haustarifvertrag als der speziellere Tarifvertrag. Zu einer Tarifpluralität kann es kommen, wenn ein Arbeitgeber mit mehreren Gewerkschaften nebeneinander für die-

selben Tätigkeiten (Firmen-) Tarifverträge abschließt.

Bisher galt: Bestehen in einem Betrieb mehrere Tarifverträge, gilt für die Gewerkschaftsmitglieder der Vertrag, der räumlich, fachlich und personell näher an den Bedingungen des Betriebes anknüpft, und den Erfordernissen und Eigenarten des Betriebes und der darin tätigen Arbeitnehmer am besten Rechnung trägt. Der speziellere Vertrag gilt aber auch dann, wenn er für den Arbeitnehmer schlechtere Regelungen enthält.

Im Fall der Tarifpluralität durch konkurrierende Gewerkschaften ist die Anwendung des Spezialitätsprinzips problematisch, weil dadurch die Koalitionsfreiheit der Mitglieder der Gewerkschaft eingeschränkt wird, deren Tarifvertrag verdrängt wird. Es wird die notwendige Solidarität der Arbeitnehmer gebrochen.

Tarifverträge von Sparten-Gewerkschaften wie Marburger Bund, GDL oder Cockpit werden durch das Spezialitätsprinzip begünstigt. Ohne Rücksicht auf die Interessen der gesamten Beschäftigten eines Betriebes setzte eine Gruppe ihre Eigeninteressen durch. Das führte zur Entsolidarisierung.

Eine Reihe von Arbeitgebern hat die bisher geltende Rechtssprechung dazu genutzt, Haustarifverträge zum Beispiel mit so genannten christlichen Gewerkschaften abzuschließen, um Flächenta-

rifverträge auszuhebeln, etwa um Löhne zu drücken oder Arbeitszeiten zu verlängern. Dieser »speziellere« Tarifvertrag findet auch dann Anwendung, wenn von 1000 Beschäftigten 300 der DGB-Gewerkschaft und nur drei der christlichen Gewerkschaft angehören. Das ist aber ein Verstoß gegen die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Abs.3.

Nach dem BAG-Urteil heißt das für die Zukunft, dass die Inhalte, der Abschluss und die Beendigung, das Entgelt, die Arbeitszeit und Urlaubsfragen eines Arbeitsverhältnisses in den Tarifverträgen verschiedener Gewerkschaften nebeneinander für die jeweiligen Mitglieder gelten sollen. Das begrüßen die Gewerkschaften in ersten Stellungnahmen als im Sinne der Koalitionsfreiheit. Außerdem erschwert es Arbeitgebern, Flächentarife durch Dumping-Tarife zu unterlaufen.

Für die Mitbestimmung durch die Betriebsräte fordern die Gewerkschaften allerdings zu recht den Grundsatz: Ein Betrieb – ein Tarifvertrag, mit dem Vorrang für den Tarifvertrag, der für die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder gilt, wegen der höheren Legitimation.

Viele Arbeitgeber befürchten nun einen Überbietungswettbewerb der Gewerkschaften, wie ihn in der Vergangenheit Sparten-Gewerkschaften Cockpit, GDL oder Marburger Bund praktiziert haben – auf Kosten der Solidarität aller Beschäftigten eines Betriebes.

Deshalb möchten sie das Spezialitätsprinzip gesetzlich verankern, um ein juristisch sicheres Instrument zur Flucht aus dem Flächentarifvertrag zu haben.

Letztlich geht es den Arbeitgebern darum, durch die gesetzliche Verankerung des Spezialitätsprinzips auch für die Zukunft einen gewerkschaftlichen Unterbietungswettbewerb zu sichern und Überbietung faktisch zu verhindern.

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes darf jetzt nicht durch eine gesetzliche Aufweichung im Interesse der Arbeitgeber konterkariert werden. Sicherung der Koalitionsfreiheit einerseits und Stärkung des Flächentarifvertrages andererseits, schaffen die Voraussetzungen für fairen Wettbewerb bei den Arbeitsbedingungen und geben Schutz gegen Lohndumping. ■



Gerd Will, Mdl

» Der beste Schutz gegen Lohndumping: Sicherung der Koalitionsfreiheit und Stärkung des Flächentarifvertrages. «

Gerd Will

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

DER NEUE LANDESVORSTAND STELLT SICH VOR

Der Vorstand des SPD-Landesverbandes Niedersachsen zählt 24 Mitglieder und wurde auf dem ordentlichen Landesparteitag am 29. Mai 2010 in Stade gewählt.



Olaf Lies, MdB
Vorsitzender
43 Jahre aus Sande



Petra Emmerich-Kopatsch
MdB | stv. Vorsitzende
50 Jahre aus Goslar



Daniela Behrens, MdB
stv. Vorsitzende
42 Jahre aus Bokel



Johanne Modder, MdB
stv. Vorsitzende
49 Jahre aus Bunde



Gabriele Lösekrug-Möller
MdB | stv. Vorsitzende
59 Jahre aus Hameln



Stefan Schostok, MdB
stv. Vorsitzender
46 Jahre aus Hannover



Dieter Möhrmann, MdB
Schatzmeister
62 Jahre
aus Schneverdingen



Sven Ambrosy
Beisitzer
40 Jahre aus Jever



Marcus Bosse, MdB
Beisitzer
44 Jahre aus
Schöppenstedt



Frauke Heiligenstadt
MdB | Beisitzerin
44 Jahre aus Katlenburg-
Lindau



Hauke Jagau | Beisitzer
45 Jahre aus Laatzten



Sonja Kapp
Beisitzerin
32 Jahre aus Munster



Jens Martin | Beisitzer
38 Jahre aus Osnabrück



Dr. Matthias Miersch
MdB | Beisitzer
41 Jahre aus Laatzten



Carola Reimann, MdB
Beisitzerin
42 Jahre aus
Braunschweig



Andreas Rieckhof
Beisitzer
51 Jahre aus Stade



Kathrin Rühl | Beisitzerin
33 Jahre aus Hasbergen



Astrid Schlegel
Beisitzerin
55 Jahre aus Weyhe



Andrea Schröder-Ehlers
MdB | Beisitzerin
49 Jahre
aus Reppenstedt



Uwe Schwarz, MdB
Beisitzer
53 Jahre aus
Bad Gandersheim



Kristina Stuntebeck
Beisitzerin
35 Jahre aus Vechta



Detlef Tanke, MdB
Beisitzer
54 Jahre aus Hillerse



Ulrich Watermann, MdB
Beisitzer
52 Jahre aus Bad Pyrmont



Gerd Will, MdB
Beisitzer
57 Jahre aus Nordhorn



Michael Rüter
Landesgeschäftsführer
(Mitglied qua Funktion)
46 Jahre aus Hannover

NEUE KRÄFTE SAMMELN – SOLIDARISCH HANDELN

Von Michael Rüter

Wir erleben zurzeit einen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher einzigartigen Abgesang einer gewählten Bundesregierung. Wenige Tage nach der vergangenen Bundestagswahl will es keiner mehr gewesen sein, der die CDU/CSU/FDP gewählt hat, und laut Deutschlandtrend sind nur noch 12 Prozent mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Die Stimmung für sozialdemokratische Politik hellt sich wieder auf. Doch gerade für uns Genossinnen und Genossen in Niedersachsen, einem Heimatland der Sozialdemokratie, bleibt noch viel zu tun, um unsere politische Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen zu stabilisieren und auszubauen. Wir wollen die Partei für die großen Herausforderungen Kommunalwahl 2011 und Landtagswahl 2013 fit machen. Wir müssen schnell und umfassend wieder kampagnen- und kampffähig werden, denn möglicherweise findet die für 2013 geplante Bundestagswahl auch früher statt – denn wer will beim jetzigen Zustand der CDU/CSU/FDP Regierung schon eine Wette eingehen, ob sie bis dahin durchhält?

Stimmungen sind noch keine Stimmen! Kommunalwahl 2011: Der Einstieg in den Ausstieg schwarzgelber Mehrheiten

Vom Ortsverein über die Unterbezirke und Bezirke bis hin zum Landesverband müssen wir die gesellschaftliche Stimmung gegen den neoliberalen Kahl-schlag, gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg, gegen Klientelpolitik und die Umverteilung von unten nach oben nutzen, um im Bündnis mit fortschrittlichen Menschen, mit Vereinen, Verbänden, Initiativen vor Ort Zukunftsprojekte zu erarbeiten. Wir wollen den neuen Schwung der Parteibasis und die gelungene Neuaufstellung in den Vorständen und der Landtagsfraktion jetzt dafür nutzen, unseren Niedersachsenplan zu aktualisieren. So werden wir wieder zur politisch und gesellschaftlich bestimmenden und gestaltenden Kraft in Niedersachsen und seinen vielfältigen Regionen.

Das alles geht nur, wenn wir den Weg der starken Beteiligung unserer Mitglieder, der Freunde und Fans der SPD entschlossen weitergehen. Unsere Foren und Zukunftswerkstätten sollen zum konkreten Ort des inhaltlichen Austausches, der Themen- und Programmentwicklung

werden. Die Grundlagen dafür haben wir intensiv beim Landesparteitag diskutiert und in unseren Beschlüssen mit großer Zustimmung verabschiedet.

Wir wollen und wir müssen alle Ebenen der Landes- und Bundespartei noch besser miteinander verzahnen. Wir werden die Potenziale von der Kommunal- bis zur Europapolitik noch effektiver nutzen.

Transparente Strukturen innerhalb der SPD, die unseren Mitgliedern direkte Beteiligungsmöglichkeiten an der innerparteilichen Willensbildung ermöglichen, sind dabei die Richtschnur aller Überlegungen.

Ohne Moos nix los!

Neben den richtigen und guten Inhalten und Programmen, entschlossenen Mitgliedern und den Formen der direkten Beteiligung muss unsere Partei auf allen



Ebenen, vom Ortsverein bis zur Bundespartei, in den Arbeitsgemeinschaften und den Foren, organisatorisch gut aufgestellt und – unterstützt durch Hauptamtlichkeit in der Fläche – auch zukünftig handlungsfähig sein.

Eine wichtige Grundlage dafür sind die finanziellen Möglichkeiten der SPD. Wir sind keine Partei, die gegen Geld ihre Mandatsträger verkauft und deren Ziele sich von der Höhe von Mövenpickspenden beeinflussen und lenken lassen.

Die Geschichte der SPD beweist, dass wir in demokratischen Zeiten immer in der Lage waren, unsere finanzielle Grundlage auf Basis eines verantwortlichen Umgangs mit seriös erwirtschafteten Einnahmen, staatlichen Mitteln aus guten Wahlergebnissen und solidarischen Beiträgen der Mitglieder erreichen konnten.

Beitragssolidarität jetzt!

Die politische Arbeit findet in den Ortsvereinen und Unterbezirken statt, die Bezirke und die Landespartei stellen dafür den organisatorischen und administrativen Grundlagen bereit.

Die Finanzkommission der Bezirke und des Landesverbands hat dem Landesvorstand einstimmig empfohlen, bis zum 1. Oktober 2010 die Kampagne Beitragssolidarität vorzubereiten und umzusetzen.

Die Kampagne Beitragssolidarität hat zwei wesentliche Elemente:

Erstens: Die finanziellen Handlungsspielräume werden auf Basis der bestehenden Beitragsverteilung zwischen Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken und der Bundespartei verbessert. Die zusätzlichen Einnahmen bis zum September 2011 sollen und müssen dafür genutzt werden, allen Gliederungen der SPD in Niedersachsen ein erkennbares politisches Profil und das notwendige organisatorische Handwerkzeug zu geben, damit sie – gemeinsam gut gerüstet – den Kommunalwahlkampf erfolgreich bestreiten können. Nach dem erfolgten Einzug in die roten Rathäuser muss der Mehrerlös aus der Kampagne Beitragssolidarität für einen ebenso erfolgreichen Landtagswahlkampf 2012/13 eingesetzt werden.

Zweitens: Die Kampagne hat auch zum Ziel, die (sehr niedrigen) Durchschnittsbeiträge unserer Mitglieder in den vier Bezirken in Niedersachsen dem Bundesdurchschnitt der SPD etwas anzupassen. Hierbei ist Folgendes wichtig zu erwähnen: Niemand, der über kein eigenes Einkommen verfügt, wird zusätzlich belastet – doch die starken Schultern in der Partei sollen angemessen und solidarisch beteiligt werden. Die Bezirke werden in sehr enger Abstimmung mit den Ortsvereinen und Unterbezirken die Kampagne Beitragssolidarität umsetzen und die aktuellen Beitragsübersichten ihrer Mitglieder in den Blick nehmen. Grundsätzlich werden alle Mitglieder in den nächsten Wochen von den Bezirken über die Umsetzung der Kampagne Beitragssolidarität angesprochen und informiert.

Die veränderte politische Stimmung gibt uns die Hoffnung, dass wir in beiden Wahlkämpfen wieder zu alter Stärke zurückfinden und wieder zur bestimmenden Größe in Niedersachsen werden. Dafür brauchen wir alle Kräfte, müssen solidarisch zusammenstehen und mutig die notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen. ■



Michael Rüter
Landesgeschäftsführer

» Wir wollen und müssen alle Ebenen der Landes- und Bundespartei noch besser miteinander verzahnen.«

Michael Rüter



Preisgekrönter Stadtrat
Arne Schneider

Foto: DEMO

KOMMUNALFUCHS FÜR LAATZEN

DEMO zeichnet kommunalpolitische Gesamtstrategie aus



Die Stadt Laatzen ist auf dem 5. bundesweiten DEMO-Kommunalkongress am 16. Juni in Mannheim mit dem Kommunalfuchs 2010 ausgezeichnet worden. Sie belegte in der Kategorie »Kommunalpolitische Gesamtstrategie« den zweiten Platz. Begründet wurde die Auszeichnung mit dem Erfolg des »Laatzener Steuersystems«. Im Zuge der Umstellung auf die »Neue Kommunale Finanzwirtschaft«, die so genannte Doppik, wurde bei der Stadt Laatzen die »Balanced Scorecard« eingeführt, die dazu dient, dass die Organisationseinheiten der Stadtverwaltung für ihre Teilhaushalte und Produkte Ziele und Maßnahmen formulieren, die zur

Erreichung der städtischen Gesamtziele beitragen. Damit ist eine mit Indikatoren hinterlegte langfristige Grundausrichtung und eine durchgängige ziel- und ergebnisorientierte Steuerung entstanden. Laatzens Erster Stadtrat Arne Schneider konnte die begehrte Auszeichnung aus mden Händen von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles entgegennehmen. Mit den Kommunalfüchsen würdigt Deutschlands größte Kommunalzeitschrift DEMO – Demokratische Gemeinde – jedes Jahr Personen und Institutionen für ihr herausragendes kommunalpolitisches Engagement. Die DEMO erscheint bundesweit mit acht Regionalausgaben, darunter auch einer niedersächsischen. ■

FACHFOREN GEGRÜNDET

Der Ortsverein Kirchrode-Bemerode-Wülferode hat ein Forum zur Bildungspolitik gegründet. Dort kommen die SPD-Mitglieder mit den Bürgern über Bildungsthemen ins Gespräch. Der ersten Einladung des Ortsvereins folgten Schulleiter und andere Bildungsteilnehmer, wie Elternvertreter und eine Pastorin. In weiteren Terminen will sich der Ortsverein mit Fragen der Inklusion, der Jugendgewalt und der Schulqualität beschäftigen. Neben diesem wurden noch weitere Fachforen gebildet, z.B: zu den Themen Familie, Senioren und Verkehr, die ebenfalls ihre Arbeit aufgenommen haben oder demnächst aufnehmen werden. ■

CDU GEGEN CDU

Auf seinem vergangenen Landesparteitag hat sich die Oldenburger CDU für den Erhalt der Stichwahlen ausgesprochen. Die Oldenburger stellen sich damit gegen die Vorschläge von CDU-Dachorganisationsschef David McAllister und Innenminister Schünemann für eine neue Kommunalverfassung. »Offenbar gibt es noch Christdemokraten, denen eine breite demokratische Legitimation von Hauptverwaltungsbeamten nicht gleichgültig ist«, kommentierte SPD-Landeschef Olaf Lies

den Beschluss des CDU-Landesverbandes Oldenburg. Eine Scheinlösung wie die Streichung der Stichwahlwahl sei kein ernst zu nehmender Beitrag zur Beseitigung der existenziellen Probleme der niedersächsischen Kommunen. »Die CDU ist aufgefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen und endlich einen belastbaren Plan darüber vorzulegen, wie sie den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung im ganzen Land auf Dauer gewährleisten möchte«, so der Landesvorsitzende. ■

ANZEIGE

INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND EUROPA-INFO VON BERND LANGE



Foto: Veldeman

Finanzmarktkrise, Griechenland, Umweltzone. Und trotzdem mehr Europa wagen? Warum und wie? Diese und weitere aktuelle Informationen gibt es alle 14 Tage im **Newsletter »Europa-Info«** von Bernd Lange.

Außerdem: Dem Europaabgeordneten bei seiner Arbeit in Brüssel, Straßburg und Niedersachsen einen Blick über die Schulter werfen.

NEUGIERIG WIE EUROPA NIEDERSACHSEN BEWEGT?

Dann einfach unter www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info anmelden und der werbefreie **Newsletter »Europa-Info«** kommt direkt per E-Mail ins Haus.



WWW.BERND-LANGE.DE

GUTTENBERG SCHLIESST KRAFTFAHRAUSBILDUNGSZENTRUM IN MUNSTER

Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) will das Kraftfahrausbildungszentrum in Munster (Landkreis Soltau-Fallingb. Bostel) noch in diesem Jahr schließen. Der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete und Verteidigungsexperte Lars Klingbeil zeigte sich überrascht und enttäuscht über die plötzliche Entscheidung. »Noch im April hat das Mini-

sterium auf meine Nachfrage, ob eine Schließung bevor steht, zurückhaltend geantwortet. Die Kraftfahrausbildung ist hier in Munster sehr gut aufgehoben. Ich verstehe nicht warum diese Entscheidung jetzt getroffen wird, obwohl die Bundeswehrstrukturkommission gerade erst ihre Arbeit aufgenommen hat.« ■

JETZT BESTELLEN!

Nachfolgend stellen wir euch Materialien vor, die Ihr ab sofort bei uns bestellen könnt. Bitte beachtet die angegebenen Verpackungseinheiten (VE).



SAMMELDOSE | Format 110 mm hoch, Ø 80 mm
3,90 Euro pro Stück

AUFKLEBER FÜR SAMMELDOSE mit individueller
Internetadresse | Format ca. 295 x 65 mm

1,00 Euro pro VE je 3 Stück

BUTTON NIEDERSACHSEN-SOZI

1–100 Stück = je 0,50 Euro

ab 100 Stück = je 0,40 Euro

Gleich das Bestellformular anfordern per E-Mail: spd-niedersachsen@spd.de

BEZIRKSPARTEITAG NORD NIEDERSACHSEN

Samstag, 11. September 2010, 10.00 Uhr | Ritterhude, Veranstaltungszentrum

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Eröffnung und Begrüßung 2. Grußworte 3. Beschlussfassung über Tagesordnung <ol style="list-style-type: none"> a) Tagesordnung b) Geschäftsordnung 4. Konstituierung des Parteitages <ol style="list-style-type: none"> a) Wahl des Präsidiums b) Wahl der Mandatsprüfungskommission c) Wahl der Wahlkommissionen d) Bestätigung der Antragskommission 5. Referat: Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender anschließend Aussprache 6. Berichterstattung <ol style="list-style-type: none"> 6.1. des Vorstandes 6.2. der Revisoren 6.3. der Arbeitsgemeinschaften/Kommission <ol style="list-style-type: none"> 6.3.1. AsF 6.3.2. Jungsozialisten 6.3.3. 6oplus 6.3.4. AfB 6.3.5. AsJ 6.3.6. Sicherheit | <ol style="list-style-type: none"> 6.4. Aussprache zu den Berichten 7. Bericht d. Mandatsprüfungskommission 8. Entlastung des Bezirksvorstandes 9. Antragsberatung 10. Satzungsänderungen 11. Neuwahlen <ol style="list-style-type: none"> 11.1. der oder des Vorsitzenden 11.2. der drei stellv. Vorsitzenden 11.3. Finanzverantwortliche/r 11.4. Schriftführer/in 11.5. der 9 Beisitzerinnen und Beisitzer 11.6. der drei Revisorinnen und Revisoren 11.7. der Bezirksschiedskommission <ol style="list-style-type: none"> 11.7.1. der oder des Vorsitzenden 11.7.2. der beiden Stellvertreterinnen oder Stellvertreter 11.7.3. vier weitere Mitglieder der Schiedskommission 11.8. der sechs Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag 11.9. der zwei Parteiratsmitglieder 11.10. einer/eines SPE-Delegierten 11.11. Wahl der 19 Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesparteitag 12. Schlusswort des Vorsitzenden |
|---|---|

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2010 | SGK NIEDERSACHSEN

Datum: Samstag, 21. August 2010

Ort: Bad Fallingbostenel

(Nähe BAB 7/27 Walsroder Dreieck)

Gäste sind herzlich willkommen!

KOMMUNALKONGRESS II DES SPD-LANDESVERBANDES NIEDERSACHSEN

Datum: Samstag, 30. Oktober 2010

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Ort: WieneckeXI

Hildesheimer Straße
Hannover

Mit Beiträgen von

Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft und Stephan Weil (alle angefragt)



TERMINE

Teilnehmer beim
1. Kommunalkongress
am 21. November 2009
in Hannover

VORWÄRTS
RÄTSEL

Über kaum einen Politiker des 20. Jahrhunderts sind bis heute so viele Anekdoten und Witze im Umlauf, wie über den Sohn einer wohlhabenden Wiener Industriellenfamilie. Schon mit 15 Jahren wird er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und bekleidet dort nach anfänglichem Misstrauen führende Positionen. Eigentlich will er Mediziner werden, doch die Partei überredet ihn zum Studium der Rechtswissenschaft. Zwei Tage nach dem »Anschluss« Österreichs kann er noch promovieren, wird tags darauf verhaftet, mehrere Monate lang in Untersuchungshaft gesteckt und schließlich vor die Wahl gestellt, in Haft zu bleiben oder das Land zu verlassen. Er flieht nach Schweden, wo er als Sekretär einer Konsumgenossenschaft publizistisch für die Zerschlagung des Faschismus wirkt. Unterstützung findet er bei Willy Brandt, den er 1940 kennen lernt und der ihm in lebenslanger Freundschaft verbunden sein wird. 1956 wird er zum ersten Mal in den Nationalrat gewählt, drei Jahre später zum Außenminister ernannt. 1970 wird er Bundeskanzler und bleibt es bis 1983. Unvergessen ist seine Maßregelung eines Fernsehjournalisten, dem er vor laufender Kamera sagt: »Lernen's a bisserl Geschichte, Herr Reporter«. Die erste in einer Reihe wichtiger Auszeichnungen erhält er 1961 mit dem »Orden wider den tierischen Ernst«, dem 1980 der »Karl-Valentins-Orden« folgt. Er stirbt am 29. Juli 1990 und wird auf dem Zentralfriedhof seiner Heimatstadt beigesetzt. Wer war's? Zu gewinnen gibt es seine »Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten« ■ *lopo*
Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover
Im Mai-vorwärts war Theodor Herzl gesucht. Gewonnen hat Hans-Peter Schacht aus Burgdorf

ES IST NORMAL,
VERSCHIEDEN ZU SEIN

Der Niedersachsen-vorwärts sprach mit dem Lehrer und schulpolitischen Sprecher des Sozialverbandes Deutschland SoVD Ernst-Bernhard Jaensch über die Notwendigkeit und Vorteile inklusiven Lernens.



Ernst-Bernhard Jaensch

vorwärts: Herr Jaensch, was steckt hinter dem Begriff Inklusion?

Ernst-Bernhard Jaensch: Es geht um das Einbeziehen behinderter Menschen von Anfang an. Vielfalt wird anerkannt und wertgeschätzt. Inklusion erfordert ein radikales Umdenken. Nicht der einzelne behinderte Mensch muss sich anpassen, um die Regelschule besuchen zu können. Stattdessen müssen sich die Schulstrukturen ändern, damit behinderte Menschen von Anfang einbezogen werden. Eine inklusive Schule ist für alle Kinder zugänglich und ermöglicht ihnen einen gemeinsamen Unterricht.

vorwärts: Wo steht Niedersachsen bei der Inklusion?

Jaensch: Absolut am Anfang. Wir müssen endlich davon weg, insbesondere Kinder mit Handicaps auszusortieren und zu stigmatisieren. In Deutschland besuchen nur 18,4 Prozent von ihnen eine Regelschule, in Niedersachsen sogar lediglich 4,7 Prozent. Leider schaffen die meisten Jugendlichen am Ende ihrer Laufbahn in Förderschulen keinen anerkannten Abschluss und starten damit fast chancenlos ins Berufsleben.

vorwärts: Welche Vorteile bringt inklusive Bildung mit sich?

Jaensch: In inklusiven Schulen erleben alle Kinder, dass es normal ist, verschieden zu sein. Sie lernen den Umgang mit dieser Verschiedenartigkeit auf ganz natürliche Weise und erfahren das Miteinander als positiv. Außerdem können dabei zahlreiche soziale Kompetenzen vermittelt werden. Interessant ist auch die anregende Lernatmosphäre in inklusiven Klassen, von der leistungsschwache

und -starke Schüler gleichermaßen profitieren. Darüber hinaus bleiben alle in ihrem Wohnumfeld und müssen nicht mehr täglich stundenlange Schulwege zu einer Förderschule auf sich nehmen.

vorwärts: Was muss die Landespolitik aktuell tun?

Jaensch: Was in Niedersachsen fehlt, ist der eindeutige politische Wille der Landesregierung. Wir brauchen einen verbindlichen Aktionsplan so wie in Rheinland-Pfalz, bei dem auch die Verbände und andere Akteure beteiligen werden. Der Vorrang des gemeinsamen Lernens muss endlich gesetzlich festgeschrieben werden. Auch hier ist die Landesregierung bis jetzt untätig geblieben. Es liegt zwar ein Gesetzentwurf der Grünen vor, aber nach Anhörung im Mai 2009 ist herzlich wenig geschehen. Die Landesregierung könnte schon zum Schuljahr 2010/2011 dokumentieren, dass sie die Rechte behinderter Kinder ernst nimmt, indem sie die unteren Schulbehörden und die Kommunen verpflichtet, keinem Kind den diskriminierungsfreien Zugang zum Regelschulsystem zu versagen, wenn Eltern diesen wünschen.

vorwärts: Welche Anforderungen muss ein inklusives Schulsystem erfüllen?

Jaensch: Von Seiten der Politik brauchen unsere Schulen die volle Unterstützung auf dem Weg zur Inklusion. Denn von den Regelschulen wird erwartet, dass sie sich künftig konsequent auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes einstellen können. Schul- und Unterrichtskonzepte müssen hierfür umfassend weiterentwickelt werden. Die Lehrerkollegien benötigen Begleitung im Umsetzungsprozess und umfangreiche Aus- und Fortbildungsangebote. Dafür müssen zudem die allgemeine Pädagogik und die Sonderpädagogik eng zusammenarbeiten.

vorwärts: Wie können sich Eltern, Lehrer und Schulen informieren?

Jaensch: Schulen können sich beispielsweise an das Kultusministerium wenden. Inzwischen gibt es auch viele Elterninitiativen, die sich intensiv mit dem Thema befassen. Wir beim SoVD arbeiten unter anderem mit »Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen« zusammen. Dort – und natürlich bei uns – können Interessierte Informationen und Unterstützung bekommen. ■ *eb*

QUALIFIZIERUNGSREIHE
ALS TRAINER/IN
IN DER POLITISCHEN BILDUNG

Die politische Bildungsarbeit in Niedersachsen soll weiter professionalisiert werden. Hierzu sucht die niedersächsische SPD interessierte Genossen und Genossinnen, die sich im Rahmen eines Qualifizierungsprojektes von SPD-Landesverbänden und dem Parteivorstand zu Trainern/innen im politischen Bildungsbereich weiterqualifizieren möchten.

Ab Mitte September 2010 bis Ende Januar 2011, finden dazu vier (z.T. verlängerte) Wochenendseminare statt. Ziel ist es, dass die erworbenen Qualifikationen im Rahmen von Seminaren und Bildungsveranstaltungen einen Beitrag zur Entwicklung und Verbesserung der Parteiarbeit leisten.

Voraussetzung zur Teilnahme:

Seminarerfahrung als Teilnehmer, erste Erfahrungen (Mitwirkung) in der Seminarleitung oder in der Leitung von Gruppen, Freude an der Interaktion in Gruppen und die Bereitschaft, die erworbenen Kenntnisse für die Parteiarbeit einzusetzen.

Die erste Kontaktaufnahme für Interessierte erfolgt bei:

Hansjörg Schell
SPD-Landesverband Niedersachsen
Odeonstrasse 15/16
30159 Hannover

Telefon 0511.1674-214
Hansjoerg.Schell@spd.de